hierzu werden grössten Theils aus einer Stiftung geboten. In der That entsetzlich verwirrte Verhältnisse, die aber mancher Provinz beneidenswerth erscheinen dürften!

In Bezug auf Brennecke's Urtheil über die Hebammen sagt Langerhans a. a. O. pag. 71: „Die Möglichkeit, dass Brennecke zu einer derartigen Anschauung gelangen konnte, ist mir ein lehrreicher Beitrag gewesen, wie sehr selbst einem klugen Mann eine einmal gefasste Meinung die Klarheit des Blickes trüben kann.“ Mit Rücksicht auf Brennecke's Abhandlung über das Wochenbettpflegerinnenwesen in dieser Monatsschrift schliesse ich mich Langerhans an und füge noch hinzu: es darf nicht zur Gewohnheit werden.

Ich glaube nachgewiesen zu haben, dass Brennecke's Vorwürfe gegen den ärztlichen Leseverein von Aachen undurtscheid der Begründung entbehren, ich erwarte deshalb von Brennecke, dass er nach dieser Aufklärung die öffentlich ausgesprochenen Beleidigungen öffentlich zurücknimmt.

III.

Erwiderung auf die „Erklärung des ärztlichen Lesevereins für Aachen undurtscheid“

im 3. Heft des XI. Bandes dieser Zeitschrift.

Von

San.-Rath Dr. BRENNECKE.

Der ärztliche Leseverein für Aachen undurtscheid erklärt: „Wir protestiren auf das Entschiedenste gegen die unrichtigen Deutungen, zu denen unser Entwurf (betreffend „staatlich geprüfte Wochenpflegerinnen“) nicht den geringsten Anlass bot, und erwarten vom Billigkeitsgefühl Brennecke's, dass er die den ärztlichen Leseverein grundlos beleidigenden Unterstellungen zurücknimmt.“

Wenn ich den Verein recht verstehe, so ist es vor allem der Vorwurf, dass sein Antrag „wesentlich, wenn nicht rein von ärztlichen Sonderinteressen dictirt sei und dass er die Rücksicht auf die salus publica, die Rücksicht auf eine gedeihliche Entwicklung des Gesamtorganismus der Geburts- und Wochenbetthygiene völlig ausser Acht lasse“, durch welchen er sich verletzt fühlt. Ich bemerke vorweg, dass mir jede Absicht, ihn beleidigen zu wollen, fern gelegen hat. Für mich handelt es sich bei Besprechung dieser Angelegenheit um eine wichtige, geburtshilfliche Principienfrage, deren endgültige Entscheidung für das Volkswohl von tiefgreifender Bedeutung ist. Es handelt sich im letzten Grunde um die Frage, ob es vom Standpunkte des Hygienikers aus zu billigen und zu fördern oder ob es zu verwerfen sei, dass Aerzte die Leitung

von Geburten ohne Hinzuziehung von Hebammen übernehmen. Der Aachener Aerzteverein billigte und förderte es mit seinem Antrage, ich missbillige und bekämpfe es. Auf Grund des mir vorliegenden authentischen Materials bitte ich den Aachener Aerzteverein, es mit mir untersuchen zu wollen, ob und in wie weit er ein Recht dazu hat, mir „unrichtige Deutungen“ seines Entwurfs und „grundlos beleidigende Unterstellungen“ zum Vorwurf zu machen.

Vergegenwärtigen wir uns zuerst die ganze geburtshilfliche Lage. In meiner eben herausgegebenen Broschüre „Kritische Bemerkungen zu den Verhandlungen des Preussischen Medicinal-Beamten-Vereins über die Reform des Hebammenwesens“¹⁾, die vielleicht wieder den Unwillen weiter ärztlicher Kreise auf mein unschuldiges Haupt lenken wird, habe ich mich von neuem bemüht, das Grundübel unserer geburtshilflichen Ordnung, wie es gerade an den in Aachen und Cöln herrschenden Verhältnissen so überaus drastisch zu Tage tritt, eingehender zu beleuchten. Dieses Grundübel besteht in der mangelnden moralischen und intellectuellen Reife so vieler unserer Hebammen, der zufolge denselben in zahlreichen, namentlich wohlhabenderen Familien jedes Vertrauen versagt wird. So kommt es, dass die Geburtshilfe in den höheren Volkskreisen sich immer entschiedener in die Hände der diesen Process leider vielfach unterstützenden Aerzte hinüberspielt, und nur zu begreiflich ist es, dass die an die Stelle der Hebammen tretenden Aerzte sich nach irgend welcher weiblichen (— nur nicht Hebammen! —) Hülfe zur Verrichtung der niederen Dienste am Gebärbett umsehen. So ist der Concurrencykampf zwischen Aerzten und Hebammen in bester Form eröffnet, und die von den Aerzten dürftig angeleiteten Gehilfinnen tragen zur Verschärfung desselben noch durch gelegentliche unerlaubte Hebammenpfscherei in ärmeren Familien auf eigene Faust bei. In Aachen, Cöln und in vielen anderen grossen Städten nicht nur der Rheinlande haben diese unseligen geburtshilflichen Wirren nachgerade einen bedenklichen Umfang gewonnen. 12, vielleicht auch mehr Procent aller Entbindungen werden von Aerzten allein besorgt. In Familien, welche 300, 200 bis herunter zu 100 Mark Honorar für die Abwartung einer Entbindung zu zahlen im Stande sind, ist die Hinzuziehung eines Arztes an Stelle der Hebamme beinahe selbstverständlich geworden; es gehört fast schon zum guten Tone. Die ärmere Bevölkerung bleibt der meist mit der Noth kämpfenden Hebamme oder auch der ärztlicherseits grossgezogenen Pfscherin überantwortet.

Ich hoffe, der Aachener ärztliche Verein lässt diese Zeichnung der geburtshilflichen Verhältnisse im allgemeinen als wahr und zutreffend gelten. Der Aachener Aerzteverein erklärt nun:

„Der Verein erkennt mit Brennecke in der Hebamme die berufene Leiterin normaler Geburten und die gegebene Assistentin in den Fällen, in welchen ein Arzt die Leitung der Entbindung übernimmt.“ Diese Erklärung ist hoch erfreulich. Sie bürgt mir dafür, dass die bisher in Aachen herrschende Unsitte des Ersatzes der Hebammen durch Aerzte und Pflegerinnen ein Ende

¹⁾ Verlag von Carl Marhold. — Halle a. S. 1900.

nehmen wird, dank dem autoritativ-bestimmenden Einfluss, den der ärztliche Verein auf jedes einzelne Vereins-Mitglied und wohl auch auf das grosse Publicum auszuüben in der Lage sein wird. Diese Erklärung vermag aber nicht die Thatsache aus der Welt zu schaffen, dass noch vor kurzem und insbesondere zur Zeit der Beschlussfassung über den Beaucamp'schen Antrag im Aachener Aerzteverein andere Anschauungen bezüglich der Stellung und des Rechtes der Hebamme bei ärztlich geleiteten Entbindungen maassgebend gewesen sind! In der mir vorliegenden, den Antrag motivirenden Eingabe der Regierung an das Cultusministerium wird ausdrücklich hervorgehoben, dass bei erster Vorlage des in Frage stehenden Antrages sowohl bei den Aerzten privatim als auch in den Sitzungen des Aachener Aerztevereins seitens des Reg. - Medicinalraths wiederholt versucht sei, die Ansicht zur Geltung zu bringen, dass die Hülfe bei den Geburten das ausschliessliche Gebiet der Hebammen sei und dass erst bei der Wochenbettpflege Wärterinnen zuzulassen seien, — beides natürlich, falls es gewünscht oder nöthig sei, unter Hinzuziehung eines Arztes. Stets aber und einheitlich sei ihm darauf erwidert worden, dass eine zu grosse Anzahl von Familien hiervon durchaus nichts wissen wollten, dass die Hinzuziehung einer Hebamme nicht durchzusetzen sei, und dass alle Versuche, hierin eine Aenderung zu erreichen, gescheitert und auch für die Zukunft als hoffnungslos zu bezeichnen seien. Es werde hiernach mit einer an und für sich bedauernswerthen, aber nicht zu beseitigenden Thatsache zu rechnen sein.

Wenn ich nun angesichts dieser amtlich bezeugten Thatsache und angesichts des Entwurfs jener Prüfungs-Ordnung, derzufolge von den Wärterinnen auch Kenntnisse über „den Verlauf des Geburtsactes“ und über die „Pflege der Kreissenden“ verlaagt wurden, — wenn ich angesichts dessen zu dem naheliegenden Schluss gelange, der Aachener Aerzteverein bezwecke mit jenem Antrage, sich in seinem den Hebammen entzogenen geburtshilflichen Besitzstande mit Hülfe jener Wärterinnen behaglicher und häuslicher einzurichten, so darf ich wohl jedem Unbefangenen anheimgeben, darüber zu urtheilen, ob mein Schluss ein voreiliger war und ob der Aachener ärztliche Leseverein auch nur das mindeste Recht dazu habe, mich „unrichtiger Deutungen, zu denen der Entwurf nicht den geringsten Anlass bot“ und „grundlos beleidigender Unterstellungen“ zu beschuldigen.

Indess erklärt der Aachener Aerzte-Verein weiter: „Mit der Zustimmung zu dem Antrage Beaucamp's, eine staatliche Prüfung und Beaufsichtigung der Wochenpflegerinnen einzuführen, beabsichtigt der Verein ganz allein, dem in den Stand der geschulten Pflegerinnen eindringenden Pfscherthum entgegenzutreten; nichts hat ihm ferner gelegen, als dadurch ärztliche Sonderinteressen zu fördern und den Hebammenstand zu schädigen.“

An der guten und wohlmeinenden Absicht des Aachener Aerztevereins ist mithin nicht einen Augenblick zu zweifeln. Interessant aber ist und bleibt alsdann die erstaunliche Kurzsichtigkeit des Vereins, die es ihn vollständig übersehen lassen konnte, dass er thatsächlich

mit seinem Antrage den ärztlichen Sonderinteressen Dienste zu erweisen und den Hebammenstand zu schädigen im Begriff stand. Diese auffallende Kurzsichtigkeit erklärt sich wohl daraus, dass unter der jahrelangen Gewöhnung an das ärztliche Hebammenunwesen in den Rheinlanden die ganze geburtshilfliche Atmosphäre eine so bedenkliche Trübung erfahren hat, dass selbst wohlmeinende Aerzte in dem allgemein herrschenden Dunstkreis krankhafte und gesunde geburtshilfliche Verhältnisse kaum noch recht von einander zu unterscheiden vermögen. Da that denn allerdings der erfrischende Sturm meiner unbarmherzigen Kritik doppelt und dreifach noth.

Weil die Aerzte Aachens die Geburtshilfe in den oberen Volkskreisen kraft alten Gewohnheitsrechts unter Ausschluss der Hebammen für sich in Anspruch nahmen, — weil die Hebammen Aachens sich resignirt in solche Missstände hineingefunden hatten und gar nicht mehr zu hoffen wagten, dass ihnen jemals wieder die Praxis in den reicheren Familien zugänglich werden könnte, — weil man solche Zustände für normal und unabänderlich hielt, — nur darum konnte der Aachener Aerzteverein es fertig bringen, in seinem Antrage weder eine Förderung ärztlicher Sonderinteressen, noch eine Schädigung des Hebammenstandes, sondern nur eine harmlose Sanctionirung und eine Besserung des bestehenden status quo, — des ungesunden, aber für gesund gehaltenen Gewohnheitsrechtes —, zu erblicken.

Dass die geprüften und staatlich anerkannten Wochenpflegerinnen neuer Ordnung das Recht erhalten sollten, neben dem Arzte an Stelle der Hebammen bei den Entbindungen wohlhabender Frauen thätig zu sein, — eine Forderung, die zwar nicht direkt ausgesprochen, aber implicite in dem ganzen Entwurf enthalten war, — das empfand man gar nicht mehr als eine Schädigung des Hebammenstandes! Waren die Hebammen doch so wie so von der Praxis in diesen Familien ausgeschlossen!

In hohem Maasse bezeichnend für die heillose Verwirrung, in die sich das ganze geburtshilfliche Leben Aachens im Laufe der Jahre verrannt hatte, ist es, dass auch die Hebammen Aachens den Plan des Aerztevereins guthießen und mit analogen Anträgen an die Regierung herantreten konnten. Mürbe gemacht durch die aufreibende Concurrenz von oben und unten gaben die Hebammen den Kampf gegen die ärztliche Concurrenz als erfolglos auf. Sie wollten nur noch bemüht sein, die ihnen übrig bleibende Praxis in den ärmeren Volkskreisen sicher zu stellen vor den unbefugten Eingriffen der vielen durch das ärztliche Hebammenunwesen grossgezeugten und zur Hebammenpfuscherei neigenden, völlig aufsichtslosen Wärterinnen. Mochten dieselben als staatlich geprüfte Wochenpflegerinnen dann immerhin die Geburtshilfe im Verein mit Aerzten betreiben, — das Handwerk der Geburtshilfe ohne Aerzte sollte ihnen durch staatliche Aufsicht gründlich gelegt werden, — so hofften die Hebammen. In der schon erwähnten, den Antrag der Aachener Aerzte motivirenden Eingabe der Regierung an das Cultusministerium findet ein derartiges Gesuch der Hebammen Erwähnung und wird hinzugefügt, dass dies Gesuch der Hebammen um so bemerkenswerther sei, als durch die Prüfung und Beaufsichtigung der Wärterinnen, wie sie durch den

Antrag des Aerztereins angestrebt werde, die Concurrenz dieser Personen gewissermassen staatlich anerkannt werden würde. Der Aachener Aerzterverein möge daraus ersehen, dass nicht ich allein, sondern auch die Regierung der Ansicht war, der Beaucamp'sche Antrag ziele darauf ab, einen Wärterinnenstand zu schaffen, der im Verein mit den Aerzten die Hebammen aus der geburtshilflichen Praxis legaliter zu verdrängen befugt sein sollte. —

Ich frage von neuem, ist der Aachener Aerzterverein berechtigt, mir „unrichtige Deutungen“ und „grundlos beleidigende Unterstellungen“ zum Vorwurf zu machen? Mag dem Vereine immerhin — was ich bei der hochgradigen, dazu erforderlichen Kurzsichtigkeit kaum annehmen zu dürfen glaubte — eine dahin zielende Absicht fern gelegen haben, die Thatsache, dass er mit seinem Antrage ärztlichen Sonderinteressen eine Förderung, dem Hebammenstande eine Schädigung zuzufügen im Begriff stand, — diese Thatsache wird der Verein billigerweise nicht in Abrede stellen können. Das Recht aber, solche das Gemeinwohl meiner Auffassung nach gefährdende Bestrebungen scharf zu beleuchten, werde ich mir nimmer verkürzen lassen.

Der Aachener Aerzterverein erklärt weiter: „Der Unterricht der Pflegerinnen über den Verlauf des Geburtsaktes besteht genau, wie es auch Brennecke will, lediglich aus physiologischen Belehrungen, die nothwendig dazu gehören und dem Verständniss der Schülerinnen nur förderlich sein können. Wie man daraus für die Pflegerinnen eine Berechtigung herleiten will, den Arzt oder die Hebamme bei irgend einer geburtshilflichen Leistung zu ersetzen, ist uns unverständlich.“

Nun, auch mir war es ja unverständlich, wie man den Muth haben konnte, so mangelhaft in der Geburtshilfe ausgebildete Pflegerinnen für gewisse Fälle, d. h. für ärztlich geleitete Entbindungen, als berechtigten Ersatz der Hebammen gelten lassen zu wollen. Dass aber der Aachener ärztliche Leseverein ursprünglich von solchem Muth beseelt war, darüber dürfte nach all den vorausgegangenen Darlegungen kein Zweifel mehr herrschen. Das geht unverkennbar aus dem ganzen Tenor der den Antrag motivirenden Eingabe der Regierung, das geht zweifellos aus dem Antrage selbst hervor. Denn nur unter dieser Voraussetzung hat die Bestimmung, dass die Ausbildung und Prüfung der Pflegerinnen sich auch auf den Geburtsverlauf und auf die Pflege der Kreissenden erstrecken solle, überhaupt Sinn und Verstand. Dass der Aachener Aerzterverein heute anderer und mit mir einer Ansicht ist, freut mich ungemein, und ich nehme die Versicherung des Vereins: „Ueber die Grenzen der Befugnisse der Wochenpflegerinnen besteht zwischen uns sicher keine Meinungsverschiedenheit“ als ein schätzenswerthes Unterpfand für die Zukunft der geburtshilflichen Verhältnisse Aachens entgegen. Es steht danach zu erwarten, dass auch in Aachen die Hebammen wieder zu ihrem vollen Rechte als die alleinigen Gehülfinnen bei allen, auch bei den ärztlich geleiteten Geburten gelangen werden, — dass man sich ärztlicherseits zu scheuen lernen wird, die Leitung einer Entbindung unter Umgehung der Hebamme, nur mit Hülfe einer Wärterin zu übernehmen,

— dass man ernstlich darauf halten wird, die Thätigkeit der Wochenpflegerinnen immer erst nach beendeter Geburt beginnen zu lassen, — kurzum, dass Aerzte, Hebammen und Wochenpflegerinnen nicht mehr gegeneinander, sondern miteinander die Geburts- und Wochenbetts-Hygiene zu fördern bestrebt sein werden.

Wenn dies das Endergebniss unserer Fehde sein sollte, so würde ich erreicht haben, was ich zu erreichen wünschte. Dann biete ich den Aerzten Aachens die Hand zur Versöhnung und bitte verzeihen zu wollen, wenn ich schärfer geworden sein sollte, als es durch den Ernst der Sache geboten war. Es handelte sich um ein offenkundiges Geschwür am Organismus der Geburts- und Wochenbetts-Hygiene. Die Eröffnung eines solchen macht Schmerzen. Ich schneide aber nicht aus Lust am Schneiden, ich kämpfe nicht aus Lust am Kampfe, sondern ich weiss mich im Dienste einer grossen und mir heiligen Sache — eben der Geburts- und Wochenbetts-Hygiene —, die ich allerorten so elend und verkommen sehe, der endlich zu einer gesunden Entwicklung zu verhelfen, mein aufrichtiges Verlangen ist. Sollte es nöthig sein, so werde ich das Messer einer scharfen Kritik auch weiter zu handhaben wissen.

Magdeburg-Sudenburg, im März 1900.

Nachtrag.

Auf die gleichzeitig mit vorstehender Erwiderung in dieser Zeitschrift veröffentlichte Entgegnung des Herrn Dr. Beaucamp, welche mir seitens der Redaction schon während der Drucklegung freundlichst zugänglich gemacht wurde, näher einzugehen, hat wenig Zweck. Ich finde alle meine Behauptungen bezüglich der Ziele und Absichten des „Aachener Entwurfs einer Wochenpflegerinnen-Ordnung“ in Beaucamps Darlegungen nur aufs neue bestätigt, — nicht aber widerlegt. Auch Herr Dr. Beaucamp wird sich also mit dieser meiner Erwiderung zufrieden geben müssen und wird nicht von mir erwarten dürfen, dass ich überzeugend klargelegte Thatsachen, selbst wenn sie für ihn und viele andere Aerzte einen unangenehmen Beigeschmack haben sollten, jemals für null und nichtig erklären werde. Dass die nackte Wahrheit so oft beleidigend wirkt, bedaure ich aufrichtig, vermag es aber nicht zu ändern. Meine Antwort auf die mit einem gewissen Behagen reproducirten Angriffe des Herrn Langerhans, welche auf einem der Wahrheit nicht entsprechenden „Citat“ beruhen, sowie näheres über den Werth der gerühmten geburtshülflichen Verhältnisse in der Rheinprovinz wird Beaucamp in meiner Broschüre „Kritische Bemerkungen zu den Verhandlungen der XVI. Hauptversammlung des Preuss. Medic. Beamten-Vereins über die Reform des Hebammenwesens, — Verlag von Carl Marhold, Halle a. S. — 1900“ finden, deren aufmerksames Studium ich ihm hiermit angelegentlichst empfehlen möchte.

Magdeburg-Sudenburg, den 17. April 1900.

Dr. Brennecke.